

ben bereits Verträge zum Technologietransfer mit Unternehmen aus Japan und Singapur. Beide Unternehmen beschäftigen viele Ingenieure aus Taiwan. (FEER, 18.4.02; AWSJ, 1.4.02) -bö-

### 31 Gute Aussichten für chinesisches Engagement in Nigeria

Auf seinem Staatsbesuch in Nigeria auf Einladung des nigerianischen Präsidenten Olusegun Obasanjo konnte der chinesische Präsident Jiang Zemin in Begleitung des stellvertretenden Präsidenten Qian Qichen Mitte April der Unterzeichnung von insgesamt fünf Regierungsvereinbarungen beiwohnen. Darin wird eine Ausweitung der Zusammenarbeit in den Bereichen Technik und Wirtschaft, Wasserressourcen, Medizin und Gesundheit sowie hinsichtlich konsularischer und steuerlicher Angelegenheiten besiegelt.

Beide Staaten räumen den bilateralen Beziehungen in erster Linie aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten einen hohen Stellenwert ein. Die positive Entwicklung zeigt sich dabei u.a. im Anwachsen des Handelsvolumens von lediglich 178 Mio. US\$ im Jahr 1996 auf mehr als 1,14 Mrd. US\$ zum Ende des Jahres 2001. Aber auch die Tatsache, dass Jiang bei seiner Ankunft auch von Vertretern chinesischer Organisationen in Nigeria begrüßt wurde und Konsular- und Steuerfragen auf der Tagesordnung der bilateralen Gespräche standen, ist als deutliches Indiz für ein erhebliches Interesse Chinas an Nigeria als Standort für chinesische Auslandsinvestitionen in Afrika zu bewerten.

Die chinesische Wirtschaft kann sich in Nigeria bereits heute als kompetenter Partner im Infrastruktur- und Energiebereich profilieren. Seit einigen Jahren besteht hier bereits eine Vereinbarung zur Verbesserung des hoffnungslos veralteten und überlasteten nigerianischen Eisenbahnsystems. Lieferungen von Lokomotiven und Wagons aus China sowie die Modernisierung des Streckennetzes durch chinesische Firmen sind in einem Finanzvolumen von 528 Mio. US\$ längst beschlossene Sache. Allerdings verlangte im Vorfeld von Jangs Besuch die politische Opposition in Nigeria eine Revi-

sion der entsprechenden Vereinbarungen, weil die erhofften Verbesserungen bislang weitgehend ausgeblieben seien.

Um die Wichtigkeit Nigerias als Wirtschaftspartner zu unterstreichen, kündigte Jiang Zemin im Gespräch mit seinem nigerianischen Amtskollegen die baldige Entsendung einer chinesischen Handelsmission mit „tausenden von chinesischen Geschäftsleuten“ in das afrikanische Land an. Nigeria besitze aufgrund seiner reichen Ausstattung mit Rohstoffen ein erhebliches Entwicklungspotenzial, so Jiang weiter. China werde daher alles erdenkliche tun, um die bilateralen Beziehungen zu stärken.

Das Interesse der chinesischen Regierung ist in erster Linie auf den Energiesektor gerichtet. Der Reichtum Nigerias an Erdöl und Erdgas und der wachsende Energie- und Rohstoffhunger der chinesischen Volkswirtschaft dürften aus chinesischer Sicht denn auch der Hauptgrund für die Pflege enger Beziehungen zwischen beiden Staaten sein. Auf der anderen Seite sind es jedoch auch technische Lösungen, die China für Nigeria interessant machen. So leidet das Land trotz seines Reichtums an fossilen Energieträgern an einer chronischen Unterversorgung mit Elektrizität.

Bereits im Vorfeld des Besuchs Jangs konnten Ende März zwei chinesische Unternehmen die Unterzeichnung eines Vertrags über die Lieferung von Kraftwerkstechnologie sowie die Errichtung zweier Gaskraftwerke und von Anlagen zur Elektrizitätsübertragung im Umfang von 390 Mio. US\$ feiern. Es handelt sich im Falle der Realisation, die binnen zwei Jahren anvisiert wird, um das größte Projekt zur Erzeugung elektrischer Energie in Nigeria mit einem geplanten Produktionsvolumen von 670 MW. Dabei sollen die China Machinery Import & Export Company (CMEC) und Shandong Electric Construction Company nicht nur für die Lieferung der Komponenten und die Errichtung der Kraftwerke verantwortlich sein, sondern vielmehr im Rahmen weiterführender Verträge auch am Management beteiligt werden. (XNA, 29.3., 4.3.02; Xinhua, 14.4.02, nach BBC PF, 16.4.02; Vanguard Lagos online,

15.4.02, nach BBC PF, 16.4.02; WSJ, 15.4.02) -kg-

---



---

## Binnenwirtschaft

---



---

### 32 Wirtschaftliche Entwicklung im ersten Quartal 2002

Nach Angaben des Staatlichen Statistikamtes in Beijing wuchs die Gesamtwirtschaft im 1. Quartal des Jahres 2002 um 7,6% gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres. Der Wert des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betrug 2.102 Mrd. Yuan. Das Wachstum habe zwar um 0,3% höher gelegen als im Gesamtjahr 2001, aber auch deutlich unter den 8,1%, die noch im 1. Quartal 2001 erreicht worden waren. (XNA, 18.4.02)

Finanzminister Xiang Huaicheng wies darauf hin, dass die genannte Höhe des Wachstums nur durch staatliche Konjunkturprogramme zu halten gewesen sei. Diese hätten das BIP 2001 um 1,8% erhöht. Xiang zeigte sich besorgt über die steigenden Ausgaben. Chinas Staatsschuld beträgt mittlerweile 193 Mrd. US\$, das sind 16,7% des BIP. Die Regierung kämpfe mit den Problemen entlassener Arbeiter, mit Umweltverschmutzung, unterfinanzierten Schulen und fallenden ländlichen Einkommen. Vor allem lasteten die während der Asienkrise begonnenen Infrastrukturprojekte auf dem Etat. Langfristig sei eine solche Politik problematisch, führte der Minister aus. Zum Beleg nannte er die Verschlechterung des Haushalts im ersten Quartal, mit einem Anstieg der Ausgaben von 23,9% gegenüber einem Plus von nur 3,4% auf der Einnahmenseite. Xiang sagte, die Konjunkturprogramme würden zwar dieses Jahr fortgesetzt, sollten danach aber auslaufen. Er hoffe, die US-Wirtschaft werde sich schnell erholen, um für eine Belebung der chinesischen Exporte zu sorgen, deren Wachstum sich im März stark verlangsamte. (AWSJ, 17.4.02)

#### Dienstleistungen schwächer

Der Tertiärsektor erreichte eine Wachstumsrate von lediglich 6,2% und eine Wertschöpfung von 787,7 Mrd. Yuan. Im ersten Viertel des Jahres 2001 hatte das Wachstum in



diesem Bereich noch 7,4% betragen. Im Gegensatz zu dieser deutlichen Verlangsamung des Wachstums bei den Dienstleistungen blieb die Wachstumsrate des Sekundärsektors relativ konstant. Sie betrug 9,3%, das sind 0,2% weniger als im selben Zeitraum des Vorjahres. In absoluten Zahlen erwirtschafteten Bausektor und Industrie 1.155 Mrd. Yuan. Das Wachstum der industriellen Wertschöpfung betrug 10,9%. Die Anlageinvestitionen stiegen um 19,6% auf 467,2 Mrd. Yuan. Gegen den insgesamt positiven Trend entwickelten sich die Stahl-, Zement- und Glasindustrie, die alle unter einem Überhang auf der Angebotsseite litten.

Das Wachstum im Agrarsektor veränderte sich kaum gegenüber den rund 3% des Vorjahresquartals und erreichte 3,3%. Dies entspricht einer Wertschöpfung von 159,2 Mrd. Yuan.

#### KONSUM ZIEHT AN

Das Pro-Kopf-Einkommen in den Städten stieg um 16,2% auf 2.126 Yuan. Einwohner ländlicher Gebiete verfügten durchschnittlich über ein Einkommen von 682 Yuan pro Kopf, dies war ein Anstieg um 7,2%.

Der steigende einheimische Konsum war für 60% des BIP-Wachstums verantwortlich. Besonders für langlebige Güter wie Häuser und Autos gaben die Chinesen mehr Geld aus (s. Übersicht „Ausländische Autobauer trotzen Preissturz“ in der Rubrik „Außenwirtschaft“). Der Einzelhandelsumsatz betrug im ersten Quartal 1.004 Mrd. Yuan, ein Anstieg von 8,4% gegenüber demselben Zeitraum 2001.

Der Preisindex fiel im März um 0,8% im Vergleich zum Vorjahr. Die Regierung hält an ihrer Inflationsprognose von 1 bis 2% für 2002 fest. (XNA, 17., 18. u. 19.4.02)

#### ANSTIEG DER AUSLÄNDISCHEN DIREKTINVESTITIONEN

Die außenwirtschaftliche Entwicklung verlief recht positiv. Während die Exporte um 9,9% auf 64,7 Mrd. US\$ stiegen, importierte China Güter im Wert von 57,4 Mrd. US\$, 5,2% mehr als zwischen Januar und März 2001. Der Handelsüberschuss belief sich somit auf 7,3 Mrd. US\$. Dies sind fast 3 Mrd. US\$ mehr als im Vorjahresquartal, wozu vor allem das langsamere Wachstum der Importe beitrug. Im

März belief sich das Exportwachstum allerdings nur noch auf 3,4% im Vergleich zum Vorjahresmonat.

Einen starken Anstieg gab es bei den realisierten Direktinvestitionen der Monate Januar und Februar: Sie wuchsen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 27,5% und erreichten 5,874 Mrd. US\$. Die angekündigten Investitionen betragen 11,449 Mrd. US\$, ein Anstieg von 24,41%. (XNA, 14.3.02; NfA, 14.3.02; HB, 19.3.02; AWSJ, 17.4.02)

Aufgrund der veröffentlichten Konjunkturdaten erhöhte das japanische Wertpapierhaus Nomura die eigene Wachstumsprognose für die chinesische Volkswirtschaft von 7,0% auf 7,5% in diesem Jahr. Für 2003 sagt Chefvolkswirt Pu Yonghao 7,7% Wachstum voraus. (XNA, 19.4.02) -bö-

dig. Dies ist das Ergebnis der Studie „China in The World Economy. The Domestic Policy Challenges“, die die OECD Ende März vorgestellt hat (www.oecd.org).

Chinas Wirtschaft sei stark fragmentiert, heißt es dort weiter, was zu einer ineffizienten Nutzung von Ressourcen führe. Strukturveränderungen in der Realwirtschaft würden durch die Schwäche des Finanzsystems erschwert.

Lange Zeit hatte die chinesische Reformstrategie darin bestanden, in einzelnen Bereichen Marktstrukturen entstehen zu lassen. Dies geschah parallel zur bestehenden Planwirtschaft, die nur langsam zurückgefahren wurde („growing out of the plan“). Trotz großer Erfolge führte diese Strategie auch zu einem Mangel an Integration zwischen Faktormärkten, Wirt-

Tabelle: Wirtschaftliche Entwicklung im 1. Quartal 2002

	Veränderung gegenüber der Vorjahresperiode (%)	Mrd. Yuan
BIP-Wachstum	7,6	2.102
Wachstum im Primärsektor	3,3	159,2
Wachstum im Sekundärsektor	9,3	1.155
Wachstum der industriellen Wertschöpfung	10,9	
Wachstum im Tertiärsektor	6,2	787,7
Anlageinvestitionen	19,6	467,2
Preisindex (März)	0,8	
Städtische Einkommen	16,2	
Einzelhandelsumsatz	8,4	1.004
		<b>Mrd. US\$</b>
Außenhandel	7,7	122,1
Exporte	9,9	64,7
Importe	5,2	57,4
Auslandsinvestitionen, getätigt (Jan.-Feb.)	28,37	5,874
Auslandsinvestitionen, zugesagt (Jan.-Feb.)	24,41	11,449

Quelle: Siehe Angaben in der Übersicht „Wirtschaftliche Entwicklung im 1. Quartal 2002“.

### 33 OECD-Studie fordert neuen Ansatz bei den Wirtschaftsreformen

Die Öffnung für Handel und Investitionen im Rahmen des WTO-Beitritts kann die Verlangsamung des chinesischen Wirtschaftswachstums nicht aufhalten, hierzu ist ein neuer Ansatz bei den Wirtschaftsreformen notwen-

schafsbereichen und Regionen. Diese Zersplitterung der chinesischen Wirtschaft sei der Hauptgrund für das verlangsamte Wirtschaftswachstum. Im Laufe der 90er Jahre hätten sich die Strukturprobleme der Realwirtschaft laufend verschärft. Ein deutliches Zeichen hierfür sei die schlechte Ausnutzung des Arbeitskräftepotenzials.



So seien verschiedene „Teufelskreise“ entstanden. Schlechte Unternehmensführung, geringe Gewinne und Staatsinterventionen verstärkten sich gegenseitig. Gerade die Kreditvergabe nach politischen Kriterien habe in der Vergangenheit zu einem Mangel an externer Disziplin bei den Unternehmen geführt. Die Beschleunigung der Reformen im Finanzsektor hat zwar die Disziplin erhöht, aber auf sehr ungleiche Weise. Große Staatsunternehmen genießen weiter den Schutz von Regierungsstellen. Kleine und mittlere Unternehmen dagegen bekämen kaum noch Kredite, was die Umstrukturierung in diesem Segment erschwert. Staatsinterventionen, die Verschuldung von Banken und Industrie sowie die Staatsverschuldung verstärken sich weiter gegenseitig.

Um die genannten Teufelskreise zu durchbrechen, stellt die OECD für weitere Reformen drei Hauptziele auf:

1. Das Finanzsystem müsse saniert werden. Um die Umstrukturierung der Wirtschaft zu schaffen, müssten,
2. die Marktmechanismen gestärkt werden. Anders als in der Vergangenheit dürften sich politische Maßnahmen nicht mehr nur auf einzelne Sektoren beschränken. Schließlich sollten
3. die öffentlichen Finanzen auf eine solide und nachhaltige Basis gestellt werden. -bö-

#### 34 Staatsrat beschließt Liberalisierung des Strommarktes

Der Staatsrat hat eine Reform des Strommarktes beschlossen. In einer Mitteilung der Staatlichen Kommission für Entwicklungsplanung wurden Grundzüge der Maßnahmen vorgestellt. Vorgesehen sind demnach die Trennung von Stromerzeugung und Vertrieb, sowie die Umstrukturierung beider Bereiche. Darüber hinaus will Chinas Regierung ein Auktionssystem für Strom einführen. Regionale Strommärkte sollen entstehen. Ziel sei es, die Effizienz zu erhöhen und die Kosten zu senken. Noch in diesem Jahr will der Staatsrat Teile der Reform umsetzen.

State Power, der bisherige Staatsmonopolist, soll in die Bereiche Stromerzeugung und Vertrieb aufgespalten

werden. Bei der Stromerzeugung kontrolliert State Power die Hälfte der in China vorhandenen Kapazität von über 320.000 Megawatt. Die Kraftwerke von State Power werden durch die Reform auf drei bis vier unabhängige Unternehmen verteilt. Eines davon wird die Huaneng Gruppe sein, teilt der Staatsrat mit. Töchter von Huaneng sind an ausländischen Börsen in Hongkong und den USA gelistet. Derzeit verfügt das Unternehmen über 29.000 Megawatt an Kapazität. Huaneng soll nicht umstrukturiert werden. Schon heute ist die Gruppe sechsmal so groß wie etwa das Staatsunternehmen Beijing Datang Power Generation.

Das Beijinger Staatsunternehmen könnte Teile von State Power erhalten, ebenso wie Shandong International Power Development. Tochterunternehmen beider Provinzmonopolisten sind an der Hongkonger Börse notiert, wo ihre Kurse in den letzten Monaten gestiegen sind – nicht zuletzt aufgrund der Spekulationen über die Aufspaltung von State Power. Weitere Kandidaten für das Erbe von State Power sind die Guohua-Gruppe und SP Power. Allerdings wird nur das Unternehmen Huaneng von der Kommission namentlich erwähnt. Im Vorstand von Huaneng sitzt Li Xiaopeng, der in diesem Jahr zum Vize-Präsidenten von State Power ernannt wurde. Li Xiaopeng ist der Sohn von Li Peng, einem der drei ranghöchsten Amtsträger Chinas. (SCMP 12.4.02)

Als weiteres Reformelement will der Staatsrat ein Pool-System einrichten, bei dem konkurrierende Kraftwerksbetreiber Angebote vorlegen, um Strom in ein Netz einleiten zu können. Angebot und Nachfrage sollen hier den Strompreis bestimmen. Die Regierung hofft, damit sinkende Preise zu erreichen. Das Verfahren soll Vorteile für weniger umweltschädliche Kraftwerke mit sich bringen. In einem weiteren Pilotprojekt werden Großkunden aus der Industrie Strom direkt von Kraftwerksbetreibern kaufen können. Dies sagte Zeng Peiyan, der die Kommission für Entwicklungsplanung leitet, bereits im März. In sechs Provinzen wird das Pool-Verfahren derzeit getestet, unter anderem in der Provinz Shandong und in Shanghai.

Zur Aufsicht über den Strommarkt ist die Gründung eines eigenen Regulierungskomitees vorgesehen. Dies wird jedoch frühestens 2005 geschehen.

Bei der Stromübertragung wird das Monopol von State Power in zwei Gesellschaften gespalten, die unter den Namen National Power Distribution und Southern Power Distribution firmieren sollen. National Power Distribution erhält Stromnetze, die sich über die Provinzen Shandong, Fujian, Chongqing, Sichuan, und die Innere Mongolei erstrecken. Fünf regionale Tochterunternehmen sollen den Norden, den Nordosten, den Nordwesten, den Osten und Zentralchina versorgen. Auch Tibets Stromnetz wird National Power betreiben. Die Stromnetze im Süden Chinas dagegen werden von der Southern Power Distribution zusammengefasst. Das Unternehmen wird für Hainan, Guangxi, Yunnan, Guizhou und Guangdong zuständig sein. (SCMP, 12.4.02 und AWSJ, 11.4.02)

Die Reform bedeutet eine Umwälzung des Energiesektors, in dem ein Sechstel des gesamten Staatsbesitzes an der chinesischen Wirtschaft steckt. Im laufenden Fünfjahresplan ist vorgesehen, die Kapazität der chinesischen Kraftwerke bis 2005 auf 390.000 Megawatt zu erhöhen. Für die Modernisierung des Sektors werden in den kommenden zehn Jahren 130 Mrd. US\$ nötig sein, schätzt Colin Stone, Analyst der Deutschen Bank. (HB, 15.4.02)

Ein Hauptziel des Staatsrats ist daher, mit einer Reform des Sektors ausländisches Kapital anzuziehen. Allerdings produzieren Kraftwerke mit ausländischer Beteiligung heute relativ teuren Strom, sodass sie durch den geplanten Wettbewerb bei den Strompreisen unter Druck geraten würden.

Zudem verlieren ausländische Investoren zunehmend das Vertrauen. Wiederholt hat der Staat Verträge nicht erfüllt, die ihn zur Abnahme bestimmter Mengen von Strom zu festen Preisen verpflichteten. Außerdem seien die Renditen nur knapp über den Kapitalkosten angesetzt worden, und zwar von derselben Kommission für Entwicklungsplanung des Staatsrats, die nun die Pläne zur Umstrukturierung des Strommarktes vorstellte. (FT, 10.4.02) -bö-



### 35 Mobilfunkanbieter kürzen die Ausgaben

Die beiden Mobilfunkbetreiber China Mobile und China Unicom kürzen ihre Infrastrukturinvestitionen, um auf das langsamere Wachstum bei den Neukunden zu reagieren. Ausländische Lieferanten von Netzwerktechnik wie Siemens, Nokia, Ericsson und Motorola müssen mit einem Rückgang bei den Bestellungen rechnen.

China Mobil gab Ende März bekannt, die Infrastrukturinvestitionen in den Jahren 2002 und 2003 gegenüber den ursprünglichen Planungen um 20% zu kürzen, auf dann 10,1 Mrd. Euro. China Unicom wird 2002 knapp 1,1 Mrd. Euro in seine Mobilfunknetze investieren. Im letzten Jahr waren es noch fast 2,9 Mrd. Euro.

Der durchschnittliche Gewinn pro Kunde sinkt. Um Neukunden zu gewinnen, müssen die Anbieter ihre Verbindungsgebühren senken – also sparen sie bei den Ausgaben. Ende 2001 nutzten 27 Mio. Kunden das GSM-Netz der Unicom. Im letzten Jahr wurden durch den Ausbau des Netzes neue Kapazitäten für 18 Mio. Kunden geschaffen. Unicom-Sprecherin Sophia Tso sagte, in diesem Jahr werde die Kapazität nur um fünf Mio. erweitert, weil das Netz derzeit noch Raum für 15 Mio. Neukunden lasse. (AWSJ, 2.4.02)

Ebenfalls Ende März wurde bekannt, dass Unicoms Mutterunternehmen China United Telecommunications sein auf dem amerikanischen CDMA-Standard basierendes Netz langsamer ausbauen wird als geplant. Nach einer dreimonatigen Versuchsphase ging das Netz Anfang April in den normalen Betrieb über. Craig Watts von der Unternehmensberatung BDA China nannte den CDMA-Start ein Desaster, das dem Markennamen Unicom ebenso schade wie dem Standard selbst. US-Firmen wie Qualcomm, Motorola oder Lucent hatten sich von dem Start des chinesischen Netzes den Durchbruch für ihre Technik erhofft. Im ersten Vierteljahr konnten nur 360.000 Kunden gewonnen werden. Weitere 440.000 Kunden hatte United Telecom von einem älteren CDMA-Versuch des Militärs übernommen. Langfristig sieht Watts für CDMA 20 bis 30% Marktanteil, weil

die chinesische Regierung ein Scheitern nicht zulassen könne. Beobachter sprechen von einem Zugeständnis an die USA im Gegenzug für deren Zustimmung zum chinesischen WTO-Beitritt. China Unicom hätte die 3 Mrd. US\$, die von der Mutter ins CDMA-Netz investiert wurden, wohl lieber für das eigene Netz mit dem europäischen Standard GSM verwandt. Für dieses Jahr sollen die Investitionen in CDMA halbiert werden.

Ein Hauptproblem sind die Lieferengpässe bei kompatiblen Mobiltelefonen. Außerdem gibt es nur wenige Modelle, die mit 2.000 bis 4.000 Yuan zudem teuer sind. Neben 18 chinesischen Herstellern besitzt nur Motorola eine Produktionslizenz, Importe sind verboten. Monopol-Lieferant von Handy-Chips für den US-Standard ist das Unternehmen Qualcomm, das 2,5% Kommission für jedes verkaufte Endgerät erhält. (HB, 3.4.02; AWSJ, 8.4.02)

Unterdessen beginnen in China die Vorbereitungen zum Bau von Mobiltelefonen der so genannten dritten Generation. Motorola will solche Geräte zusammen mit seinem langjährigen Partner Eastcom bauen. Eastcom ist eine Tochter von China Putian Co., Chinas größtem Hersteller von Telekommunikationstechnik.

Sony Ericsson Mobile Communications wollen Ende Mai in Beijing mit der gemeinsamen Produktion von UMTS-Handys beginnen. Im kommenden Jahr sollen die Geräte auf dem chinesischen Markt erhältlich sein. (XNA, 22.3.02; NfA, 10.4.02) -bö-

### 36 Regierung sieht soziale Stabilität durch Arbeitslosigkeit gefährdet

Kurz vor dem Tag der Arbeit, dem 1. Mai, stellte Wang Dongjin, Vizeminister im Ministerium für Arbeit und Soziale Sicherheit, ein Weißbuch des Staatsrats zu Beschäftigung und sozialer Sicherheit vor. Mit ungewohnt deutlichen Worten wies er auf strukturelle Probleme am Arbeitsmarkt hin. Steigende Arbeitslosigkeit könne die soziale Stabilität untergraben, sagte Wang.

In dem Weißbuch heißt es, die Zahl der Arbeitslosen in den Städten werde in den nächsten vier Jahren auf über 20 Mio. steigen. Ende letzten Jahres habe die Bevölkerung auf dem Festland (ohne Macau und Hongkong) 1,27627 Mrd. erreicht. Laut dem Bericht hatten 730,25 Mio. Menschen eine Beschäftigung, was 77,03% der arbeitsfähigen Bevölkerung entspricht. Davon entfielen 32,8% auf städtische und 67,2% auf ländliche Gebiete.

#### ZWANZIG MILLIONEN ARBEITSLOSE IN DEN STÄDTEN

Von 1998 bis 2001 seien mehr als 25,5 Mio. Menschen von staatseigenen Betrieben entlassen worden, 16,8 Mio. davon fanden eine neue Anstellung. Demnach blieben 8,7 Mio. ehemalige Staatsangestellte arbeitslos. Die Zahl der offiziell registrierten städtischen Arbeitslosen wurde mit 6,8 Mio. angegeben. Die Arbeitslosenquote betrug 3,6%.

Für die ländlichen Gebiete geht das Weißbuch von einer hohen Unterbeschäftigung aus, die sich Wang Dongjin zufolge auf 150 Mio. Menschen beläuft.

Die Autoren des Weißbuchs sind bemüht, die Erfolge der Reformpolitik herauszustellen. Seit 1978 seien 328,73 Mio. neuer Arbeitsplätze geschaffen worden, davon 144,26 Mio. in urbanen Gebieten. Der Anteil der Beschäftigten bei Staats- und Kollektivunternehmen habe sich von 99,8% im Jahr 1978 auf 37,3% Ende letzten Jahres verringert.

Bei nichtagrarischen Betrieben in den ländlichen Gebieten waren Ende 2000 128,195 Mio. Menschen beschäftigt. Davon entfielen 38 Mio. Beschäftigte auf ländliche Kollektivbetriebe, 33 Mio. auf ländliche Privatunternehmen und 57 Mio. auf Betriebe, die Einzelpersonen gehören.

Zur Beschäftigungsstruktur heißt es, dass 50% der Arbeitskräfte im primären, 22,5% im sekundären und 27,5% im tertiären Sektor beschäftigt sind. Der durchschnittliche Jahreslohn von städtischen Beschäftigten habe Ende letzten Jahres 10.879 Yuan betragen, dies sei ein Reallohnanstieg von jährlich 5,5% seit 1978. (RMRB, 29.4.02; AWSJ, 29.4.02; *New York Times*, 29.4.02; SCMP, 30.4.02)



## CHINA aktuell

## MANGEL AN QUALIFIZIERTEN ARBEITSKRÄFTEN

Der Staatsrat plant eine Konferenz, bei der Maßnahmen gegen die strukturellen Probleme des Arbeitsmarktes beschlossen werden sollen. Nach Angaben eines Angestellten des Ministeriums für Arbeit und soziale Sicherheit sei innerhalb des Ministeriums eine Debatte über die Proteste entlassener Arbeiter und über das Ausmaß der Arbeitslosigkeit entbrannt.

Einigkeit herrscht darüber, dass China ein Überangebot an ungelernten Arbeitskräften, aber einen Mangel an qualifizierter Arbeitskraft habe. In den östlichen und südlichen Landesteilen sei es teilweise schwierig, Arbeiter mit grundlegenden Fähigkeiten zu finden.

Hauptadressat der Regierungsmaßnahmen für die nächsten beiden Jahre sollen entlassene Arbeiter zwischen 40 und 50 Jahren sein, für die Jobs im Dienstleistungsbereich geschaffen werden sollen. Ein Pilotprojekt in Shanghai soll 21.000 Männer und Frauen dieser Altersgruppe an Sicherheits- und Reinigungsdienste sowie in den Umweltbereich vermitteln. Dort sollen sie für einen Monatslohn von 400 Yuan arbeiten, der durch einen Zuschuss der Stadtregierung von 280 bis 400 Yuan aufgestockt wird. (SCMP, 30.4.02)

## SOZIALES SICHERUNGSSYSTEM

Laut dem Weißbuch des Staatsrats stellte die Zentralregierung im letzten Jahr 98,2 Mrd. Yuan für Ausgaben zur sozialen Sicherheit bereit. Dies sei mehr als das Fünffache der Summe von 1998, als die Regierung eine „Politik der zwei Garantien“ angenommen habe. Für entlassene Staatsangestellte und für Pensionäre soll eine Grundversorgung bereitgestellt werden.

Ende letzten Jahres hätten 103 Mio. städtische Beschäftigte eine Arbeitslosenversicherung gehabt, in die sie 1% und der Arbeitgeber weitere 2% des Lohns einzahlten. Langfristig soll die Arbeitslosenversicherung im Rahmen der „Zwei Garantien“ mit dieser neuen Form der Arbeitslosenversicherung zusammengebracht werden.

Im letzten Jahr wurden an 4,63 Mio. entlassene Arbeiter von Staatsbetrieben eine Gesamtsumme von 13 Mrd. Yuan gezahlt, teilte das Ministerium für Arbeit und Soziale Sicherheit in

seinem Bericht zum vierten Quartal mit.

An der Rentenversicherung hätten 108 Mio. Beschäftigte teilgenommen, heißt es im Weißbuch. Etwa 34 Mio. Rentner erhielten monatliche Pensionen von 430 bis 556 Yuan. Laut dem Quartalsbericht beliefen sich die Zahlungen auf insgesamt 205 Mrd. Yuan. (BBC PF, 2.3.02)

Mit dem Weißbuch möchte die Regierung vor allem signalisieren, dass sie die Bedeutung des Problems Arbeitslosigkeit erkannt hat. Im März war es in Chinas Nordosten zu einer Protestwelle gekommen. „In vielen Gebieten erheben sich entlassene Arbeiter gegen die Staatsgewalt,“ sagt Professor Liu Wei von der Beijing-Universität. Der Wirtschaftswissenschaftler schätzt die städtische Arbeitslosenrate auf 14,6%. In seinen Berechnungen sind auch die nicht offiziell registrierten Arbeitslosen enthalten. Auf dem Lande seien 24% der 500 Mio. arbeitsfähigen Menschen arbeitslos.

Der Arbeitsmarktforscher Liu Erduo von der chinesischen Volksuniversität befürchtet, dass sich die ländliche Arbeitslosigkeit weiter erhöhen wird. Infolge des WTO-Beitritts erwartet er sinkende Getreidepreise. Dies werde die Landflucht verstärken und letztlich auch die Probleme am städtischen Arbeitsmarkt verschärfen.

Ökonom Ma Jun von der Deutschen Bank Hongkong empfiehlt, die Regierung solle strukturelle Reformen beschleunigen, die den Privatsektor ankurbeln, anstatt Geld in Sektoren zu pumpen, in denen es soziale Unruhen gegeben habe.

Das im Weißbuch proklamierte Ziel, die offizielle Arbeitslosenrate bei 5% zu begrenzen, scheint wenig realistisch zu sein. Umso dringlicher ist der Aufbau eines sozialen Sicherungssystems, das die Auswirkungen der Krise mildern könnte. (AWSJ, 29.4.02; *Straits Times*, 30.4.02) -bö-

## SVR Hongkong

## 37 Konkrete Pläne für Einführung eines Ministerialsystems

Nach mehreren Vorankündigungen seit dem Jahr 2000 hat Regierungschef (*Chief Executive*) Tung Chee-hwa am 17. April der Öffentlichkeit konkrete Pläne für die Einführung eines Ministerialsystems vorgelegt, die den stärksten institutionellen Eingriff in das politische System der Sonderverwaltungsregion seit der Übergabe im Jahr 1997 vorsehen. Trotz der heftigen Kritik aus dem demokratischen Lager, die die Pläne auf sich gezogen haben, dürften sie aller Voraussicht nach mit Beginn der zweiten Amtszeit Tung Chee-hwas als *Chief Executive* am 1. Juli 2002 verwirklicht werden (Hinweis: Auch im Folgenden werden der Eindeutigkeit halber die offiziellen englischen Amtsbezeichnungen verwendet, da mögliche deutsche Übersetzungen wenig geeignet sind, die Eigenheiten des politischen Systems Hongkongs wiederzugeben).

Seit rund zwei Jahren wogt in Hongkong eine kontroverse Debatte über die Einführung eines Ministerialsystems als Lösung für ein Grundproblem des politischen Systems, welches man in der wechselseitigen Lähmung von Exekutive und Legislative erkannt hatte. So wurde die Arbeit der Exekutive durch ihre mangelnde demokratische Legitimation und Unterstützung im *Legislative Council* immer weiter erschwert, während letzterer aufgrund mangelnder Einflussmöglichkeiten auf die Exekutive immer stärker an politischen Gestaltungsmöglichkeiten verlor. Verschiedene Modelle wurden diskutiert, darunter das britische Modell, in dem die Minister von Mitgliedern der Legislative gestellt werden, und das US-amerikanische Modell, in dem mit dem Antritt eines neuen Präsidenten die gesamte Verwaltung ausgetauscht wird (vgl. C.a., 2000/7, S.785-796, 2000/10, Ü 35, 2001/1, Ü 35, 2001/5, Ü 33, 2001/7, Ü 28, 2001/10, Ü 30).